

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Wirksame Maßnahmen zur Energieeinsparung unterstützen**

Einzelplan 17 **Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 17 30 Zuweisung aus dem KFA im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Buchungskreis: 2595
Förderproduktnummer 50
lt. Leistungsplan
Bezeichnung lt. Leistungsplan Energie

Veränderung

von um auf

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	19.858,0	-9.858,0	10.000,0
Eigene Erlöse	0,0	0,0	0,0
Produktabgeltung	19.858,0	-9.858,0	10.000,0

Verpflichtungsermächtigungen:

Beträge in EUR

Verpflichtungsermächtigungen zu Titel	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigungen 2022	6.300.000	-3.800.000	2.500.000
Verpflichtungsermächtigungen 2023	4.400.000	-1.900.000	2.500.000
Verpflichtungsermächtigungen 2024	2.500.000	0	2.500.000
Verpflichtungsermächtigungen 2025	0	0	0
Gesamtverpflichtung	13.200.000	-5.700.000	7.500.000

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Erfolgsbilanz der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude mit Außendämmung ist zweifelhaft. „Eine halbe Billion Euro sind seit dem Jahr 2010 in die Dämmung von Gebäuden geflossen. Temperatur- und witterungsbereinigt sind die CO₂-Emissionen in den vergangenen zehn Jahren lediglich um 2,6 Prozent gesunken.“ (Focus 5.10.2020). Für die Produktion erneuerbarer Energie wird oft Photovoltaik eingesetzt, die wegen ihrer geringen Volllaststunden und daher stark schwankenden Einspeisung jedoch keinen brauchbaren Beitrag zur Energieversorgung darstellt. Zuwendungen für kommunale Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur rationellen Energieerzeugung und -nutzung werden unterstützt. Die Verwendung von Gas aus Kläranlagen, die Verwertung von Holzschnitt, die Gewinnung von Gas aus Ernteabfällen sowie die Nutzung von Solarthermie wird befürwortet. Für die Förderung der damit verbundenen Maßnahmen erachtet die AfD-Fraktion den Betrag der Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2024 als ausreichend.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou